

Ressort: Politik

SPD-Generalsekretärin kündigt Gesetz gegen hohe Managerbezüge an

Berlin, 05.02.2017, 00:00 Uhr

GDN - Die SPD will ein Gesetz gegen hohe Managerbezüge. SPD-Generalsekretärin Katarina Barley sagte der "Bild am Sonntag": "Martin Schulz hat angekündigt, für mehr Lohngerechtigkeit zu sorgen. Wenn die Konzerne nicht im Eigeninteresse oder aus gesundem Menschenverstand diese Millionensummen als Boni oder Abfindungen begrenzen, muss es der Gesetzgeber tun."

Die Differenz zwischen den Vorstandsgehältern bei Volkswagen und den Arbeiterlöhnen nannte Barley als Beispiel und "nicht akzeptabel". Die Opposition forderte die SPD auf, zügig im Parlament entsprechenden Anträgen zuzustimmen. Linken-Fraktionschefin Sahra Wagenknecht sagte "Bild am Sonntag": "Wir werden einen entsprechenden Antrag einbringen und die Probe aufs Exempel machen. Wenn Martin Schulz es ernst meint, kann die SPD im Bundestag sofort ein Gesetz zur Boni-Begrenzung beschließen lassen." Sollten Schulz und seine Genossen nicht mitziehen, so Wagenknecht, stehe der Kandidat im Verdacht, "nur heiße Luft im Wahlkampf zu erzeugen". Auch die Grünen rufen die SPD dazu auf, mit einem Gesetz einzugreifen. Konzerne sollen die Managergehälter künftig nicht mehr unbegrenzt von ihrer Steuerlast abziehen können. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt in "Bild am Sonntag": "Es ist doch absurd, dass diese obszöne Praxis durch den Steuerzahler subventioniert wird." In einer der nächsten Sitzungswochen würden die Grünen einen entsprechenden Antrag in den Bundestag einbringen. Göring-Eckardt: "Wir fordern die SPD auf, diese Initiative zu unterstützen." Die Mehrheit der Deutschen fordert ein Eingreifen der Politik bei den Managerbezügen. Laut einer Emnid-Umfrage für "Bild am Sonntag" sind 76 Prozent der Deutschen dafür, dass die Politik die Höhe von Abfindungen und Boni für Manager begrenzt. 19 Prozent wollen das nicht. 88 Prozent der Bundesbürger finden es ungerecht, wenn ein Manager eines großen Konzerns nach einem Jahr Tätigkeit eine Millionen-Abfindung erhält. Für gerecht halten das nur zehn Prozent. Der Koalitionspartner CDU wirft der SPD Bigotterie vor. Jens Spahn, CDU-Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, sagte BamS: "Herr Schulz kritisiert sonntags die Managergehälter. Und wochentags heben seine Genossen im Aufsichtsrat die Hand für zwölf Millionen Euro. Glaubwürdigkeit geht anders." Für die Umfrage hat Emnid am 2. Februar 500 Personen befragt. Nach Angaben des Instituts soll die Auswahl der Befragten repräsentativ sein. Fragen: "Ist es Ihrer Ansicht nach gerecht oder ungerecht, wenn ein Manager eines großen Konzerns nach einem Jahr Tätigkeit eine Abfindung von über zwölf Millionen Euro erhält?" / "Sollte die Politik die Höhe von Abfindungen und Bonuszahlungen für Manager gesetzlich begrenzen?"

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-84874/spd-generalsekretaerin-kuendigt-gesetz-gegen-hohe-managerbezeuge-an.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com